

## **Politisch nicht korrekt!**

Es zeugt von überaus hoher und verwerflicher Arroganz des Basler Regierungsrates, wenn dieser behauptet, er dürfe parteiisch sein. Die berechnete Interpellation und Kritik des Basler Grossrates Andreas Ungricht (SVP Basel-Stadt) auf neutralitäts - widriges Verhalten im Bezug auf die Personenfreizügigkeitsvorlage, wurde damit auf undemokratische Weise einfach abgewürgt.

Wenn Regierungsräte, wie im Fall von Basel, im Vorfeld von Urnengängen aktiv in den Abstimmungskampf eingreifen, so ist dies politisch genauso unkorrekt, wie wenn dies der Bundesrat tut, weil beide Ebenen zu den Exekutiven (Ausführenden) gehören.

Wenn sich Regierungsräte ins gleiche Boot mit Wirtschaftsvertretern setzen, dann ist dies rechtlich nicht zu vereinbaren, wegen dem Faktum, dass Regierungsräte durch die Steuerzahler finanziert werden. Als Steuerzahler will ich nicht Regierungsräte mitbezahlen, welche sich in hohem Grade parteiergreifend und in Profilierungssucht in Szene setzen.

Die in letzter Zeit zunehmend penetrante Regierungsrats- Behördenpropaganda, mit abendfüllenden Abstimmungsshows stört mittlerweile auch überparteilich!

Wir Stimmbürger sind emanzipiert genug, und können uns unser differenziertes Fachwissen über eine bestimmte Vorlage, auch ohne den tendenziösen Regierungsrätlichen Hyperaktivismus erarbeiten!

Marcus Stoercklé jun., BASEL